

Inhaltsübersicht

Danksagung	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XIX
A. Forschungsfrage und Grundlagen	1
I. Eine Frage von unterschätzter Bedeutung	2
II. Beispiele für den Untersuchungsgegenstand	6
III. Rechtstheoretisches Vorverständnis und methodologische Folgerungen	16
IV. Materiellrechtliche Vorannahme: Bestehen einer freiheitsgrundrechtlichen Schutzdimension	30
V. Begriffsbestimmungen: „Konflikte“ und „Kollisionen“ im rechtstheoretischen und grundrechtsdogmatischen Zusammenhang	35
VI. (Vermeintliche) Spannungen zwischen Freiheit und Gleichheit	51
VII. Verortung der Forschungsfrage in der Normstruktur von Art. 3 Abs. 1 GG	58
VIII. Gang der weiteren Untersuchung	105
B. Entstehungsgeschichtliche Hinweise auf den Inhalt des allgemeinen Gleichheitssatzes	107
I. Wer wird als Verfassungsgeber angesehen?	107
II. Entwurfsfassungen des heutigen Art. 3 Abs. 1 GG	109
III. Hinweise aus den Beratungen des Parlamentarischen Rats . . .	112
IV. Entstehungsgeschichtliche Hinweise neben den Beratungen des Parlamentarischen Rats	129

C. Zusammenführung von entstehungsgeschichtlichem Befund und gegenwärtigem Stand der Wissenschaft:
Wertungsmaßstab der Ungleichbehandlungsrechtfertigung 150

I. Wertungsquellen 152

II. „Gegengewichte“ zur schweren Handhabbarkeit des Maßstabs 163

III. Vorschlag für den Rechtfertigungsmaßstab 166

D. Die Rechtfertigung von Ungleichbehandlungen vorfindlich Gleicher 168

I. Keine Rechtfertigung aufgrund vorfindlicher Unterschiede . . 169

II. Legitimer Zweck der Ungleichbehandlung 172

III. Rechtfertigungskraft des Ungleichbehandlungszwecks für die Ungleichbehandlung 177

IV. Auswahl anhand eines erlaubten Unterscheidungskriteriums . 253

E. Einfluss „außergrundgesetzlicher“ Normen auf die Forschungsfrage 280

I. Unionsrecht 280

II. Völkerrecht 285

III. Einfaches nationales Recht 287

IV. „Fremdes „Recht““ 288

V. Zwischenergebnis 289

F. Zusammenfassung der wichtigsten Forschungsergebnisse 290

G. Prüfungsschema 295

Literaturverzeichnis 297

Sachverzeichnis 321

Inhaltsverzeichnis

Danksagung	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX
A. Forschungsfrage und Grundlagen	1
I. Eine Frage von unterschätzter Bedeutung	2
II. Beispiele für den Untersuchungsgegenstand	6
1. Freiwilligkeitssituationen	6
a) Verfassungsrechtlich nicht gebotene Leistungen	7
b) Verfassungsrechtlich nicht gebotene Eingriffe	8
c) Nachteilszufügungen durch verfassungsrechtlich nicht gebotene Leistungen	9
aa) Bloße Nachteilszufügung durch Leistung	9
bb) Eingriff durch Leistung	10
2. Verpflichtungssituationen	10
a) Schutzpflichten	11
b) Nachteilszufügungen durch Schutzpflichtenerfüllung	14
aa) Konkurrenz	14
bb) Keine Konkurrenz	15
III. Rechtstheoretisches Vorverständnis und methodologische Folgerungen	16
1. Der Gegenstand „Recht“ und seine Betrachtung	16
2. Wie kommt eine Norm zu ihrem Inhalt?	21
3. Was folgt daraus für die Ermittlung des Rechtsinhalts?	26
IV. Materiellrechtliche Vorannahme: Bestehen einer freiheitsgrundrechtlichen Schutzdimension	30
V. Begriffsbestimmungen: „Konflikte“ und „Kollisionen“ im rechtstheoretischen und grundrechtsdogmatischen Zusammenhang	35

1. Mehrere Normen mit widersprüchlichen Rechtsfolgen: Rechtsfolgenwiderspruch	36
2. Konfliktvermeidung auf Tatbestandsebene: sogenannte Grundrechtskollisionen	39
3. Folgerungen für die hiesige Begriffsverwendung	49
<i>VI. (Vermeintliche) Spannungen zwischen Freiheit und Gleichheit . .</i>	<i>51</i>
1. Freiheit und Gleichheit als vom Recht unabhängige Werte oder Zustände	51
2. Freiheitsgrundrechte in der Abwehrdimension und allgemeiner Gleichheitssatz	52
3. Freiheitsgrundrechte in der Schutzdimension und allgemeiner Gleichheitssatz	55
4. Gefundene Spannungen	57
<i>VII. Verortung der Forschungsfrage in der Normstruktur von Art. 3 Abs. 1 GG</i>	<i>58</i>
1. Bestehen einer Rechtfertigungsnotwendigkeit („Ungleichbehandlung“)	59
a) Weitgehend wertungsfreie Feststellung – einstufiger Aufbau . .	60
b) Wertungsbedürftige Feststellung – zweistufiger Aufbau	65
c) Unbedeutsamkeit für die Forschungsfrage	68
2. Rechtfertigung	68
a) Verschiedene Rechtfertigungslogiken	69
aa) Unterschiedslogik	69
bb) Zwecklogik	75
cc) Abgestufte Verbindung beider Rechtfertigungslogiken . . .	80
dd) Einordnung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	83
(1) Willkürformel	83
(2) Neue Formel	86
(3) Stufenlosformel	90
(4) Keine eindeutige Zuordnung	91
ee) Probe: Typisierung	91
b) Verschieden strenge Rechtfertigungsmaßstäbe	97
c) Folgerungen für die Beantwortung der Forschungsfrage	101
3. Zusammenfassende Darstellung	104
<i>VIII. Gang der weiteren Untersuchung</i>	<i>105</i>

B. Entstehungsgeschichtliche Hinweise auf den Inhalt des allgemeinen Gleichheitssatzes	107
I. Wer wird als Verfassungsgeber angesehen?	107
II. Entwurfsfassungen des heutigen Art. 3 Abs. 1 GG	109
III. Hinweise aus den Beratungen des Parlamentarischen Rats	112
1. Gründe für die Veränderungen zwischen den Entwurfsfassungen	112
a) Die Veränderung der systematischen Stellung	112
b) Ergänzungen hinsichtlich der Bindung des Gesetzgebers und der Unantastbarkeit der Grundrechte	116
c) Die letztliche Löschung der Ergänzungen	125
2. Hinweise auf eine „Entwicklungsoffenheit“ der Grundrechte	127
IV. Entstehungsgeschichtliche Hinweise neben den Beratungen des Parlamentarischen Rats	129
1. US-amerikanische Bundesverfassung	131
2. Schweizerische Bundesverfassung	135
3. Weimarer Reichsverfassung	141
4. Überschneidungen	148
C. Zusammenführung von entstehungsgeschichtlichem Befund und gegenwärtigem Stand der Wissenschaft: Wertungsmaßstab der Ungleichbehandlungsrechtfertigung	150
I. Wertungsquellen	152
1. Wertungen des „übrigen“ Grundgesetzes	152
2. Außerverfassungsrechtliche Wertungen	155
II. „Gegengewichte“ zur schweren Handhabbarkeit des Maßstabs	163
1. Grenzen der Verfassung	163
2. Einzelfallbetrachtung	163
3. Ungleichbehandlungsverbote als Ausnahmeerscheinungen	164
III. Vorschlag für den Rechtfertigungsmaßstab	166

D. Die Rechtfertigung von Ungleichbehandlungen vorfindlich Gleicher	168
<i>I. Keine Rechtfertigung aufgrund vorfindlicher Unterschiede</i>	169
1. Abwesenheit, Unbeachtlichkeit oder Widersprüchlichkeit vorfindlicher grundsätzlich rechtfertigungstauglicher Unterschiede	169
2. Zu schwache Ausprägung vorfindlicher grundsätzlich rechtfertigungstauglicher Unterschiede	171
3. Abgrenzung: Unterlassen einer an sich möglichen Anknüpfung an vorfindliche rechtfertigungstaugliche Unterschiede	171
<i>II. Legitimer Zweck der Ungleichbehandlung</i>	172
1. Benennung und Für-legitim-Erklärung eines Zwecks	172
2. Untrennbare Verknüpfung von Tuns- und Unterlassenseite der Ungleichbehandlung (Knappheit)	173
3. Eigenständige Zwecke jeweils von Tuns- und Unterlassenseite der Ungleichbehandlung	176
<i>III. Rechtfertigungskraft des Ungleichbehandlungszwecks für die Ungleichbehandlung</i>	177
1. Gewicht des Zweck(bündel)s	177
a) Zweck(bündel) liegt in der Erfüllung freiheitsgrundrechtlicher Ge- und/oder Verbote	178
aa) Begriffe im Zusammenhang mit der freiheitsgrundrechtlichen Schutzdimension	179
bb) Lösung von Grundrechtskollisionen in freiheitsgrundrechtlichen Zusammenhängen	181
(1) Nichtwidersprüchliche Rechtslagen	182
(2) Verbreitete Wertungskriterien	184
(a) Mögliche Folgen für das gefährdete Freiheitsgrundrechtsgut	186
(aa) Keine abstrakte Bewertung von Freiheitsgrund- rechten oder Freiheitsgrundrechtsgütern	186
(bb) Konkrete Folgenbetrachtung	189
(b) Mögliche Folgen des zum Schutz des gefährdeten Grundrechtsguts vorzunehmenden Eingriffs	190
(c) Gegenüberstellung	190
cc) Lösung von Grundrechtskollisionen zwischen Freiheitsgrundrechten und allgemeinem Gleichheitssatz	194
(1) These vom „Vorrang des Abwehrrechts“	196

(2) Abstrakte Rangfolge der „kollidierenden“ Grundrechte	197
(3) Keine „allgemeine gleiche Unfreiheit“	199
(4) Folgerungen für jene, die das Bestehen einer Schutzpflichtendimension ablehnen: freiwilliger Schutz von Freiheitsgrundrechtsgütern	206
dd) Zwischenergebnis	206
b) Freiwillig verfolgter Zweck wird vom Grundgesetz „ausdrücklich gutgeheißen“	208
aa) Staatszielbestimmung: Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen (Art. 20a GG)	209
bb) Staatsprinzipien und andere Verfassungsnormen	212
cc) Abschweifung: partielle Gegenläufigkeit freiheits- und gleichheitsgrundrechtlicher Bewertungen umweltschützender Maßnahmen	213
c) Freiwillig verfolgter Zweck liegt in freiheitsgrundrechtlich nicht gebotenem Schutz von Freiheitsgrundrechtsgut und/oder in der Vermeidung rechtfertigbarer Freiheitseingriffe	214
d) Zweck wird vom Grundgesetz nicht missbilligt	218
aa) Zur Zuordnung von Zwecken zu dieser Gruppe	219
bb) Grundsätzliche Rechtfertigungskraft solcher Zwecke	221
e) Zwischenergebnis	224
2. Gewicht der Ungleichbehandlung	224
a) Bestimmung des Vorliegens von „Eigengewicht“ einer Ungleichbehandlung	224
aa) Problematik	224
bb) Mögliche Lösungsansätze	226
(1) Hohe Zahl der zu ihrem Nachteil Ungleichbehandelten	227
(2) Art des Unterscheidungskriteriums („Nähe“ zu Art. 3 Abs. 3 GG, Beeinflussbarkeit)	227
(3) Folgen der Ungleichbehandlung	230
(a) Ungleichbehandlungsfälle mit zwei denkbaren Gleichbehandlungsmöglichkeiten (Zweckbündel) . .	232
(b) Ungleichbehandlungsfälle mit nur einer denkbaren Gleichbehandlungsmöglichkeit (Knappheitsfälle) . .	237
(4) Folgerung, Zusammenfassung und Einordnung	240
(5) Abweichung im Zusammenhang mit Achtungsanspruchsverletzungen	242
b) Bestimmung der Höhe des Gewichts einer Ungleichbehandlung	242
aa) „Messbare“ Ungleichbehandlungen	243

bb) „Lebensbereich“ und Auswirkung der Ungleichbehandlung darauf (Freiheitsgrundrechte)	244
cc) Ausgleichende Maßnahmen	249
dd) Zustimmung zu einer Ungleichbehandlung ungewissen Ausgangs	250
3. Gegenüberstellung von Zweck- und Ungleichbehandlungsgewicht	251
<i>IV. Auswahl anhand eines erlaubten Unterscheidungskriteriums</i> . . .	253
1. Bedeutsamkeit des Unterscheidungskriteriums auch und gerade in den hier untersuchten Fällen	254
2. Lösungsvorschlag: Zufall	256
a) Grundgesetzliche Pflicht zur (einfachrechtlichen) Regelung von Auswahlentscheidungen	257
b) Das Zufallskriterium bei Auswahlentscheidungen	262
aa) Der Zufall als „wertungsfreies“ Kriterium?	263
bb) Praktische Beispiele für Zufallsentscheidungen „im Recht“	264
cc) Meinungen zum Zufall als Auswahlkriterium	267
dd) Das Zufallskriterium im Lichte der Forschungsfrage	271
ee) Zufallsauswahlen nur unter Beachtung des Vorbehalts des Gesetzes?	274
3. Ausnahmen	275
 E. Einfluss „außergrundgesetzlicher“ Normen auf die Forschungsfrage	 280
<i>I. Unionsrecht</i>	280
1. Einschlägiges Recht	280
2. Rechtstheoretische Konstruktion	282
a) Unionsrecht als Ausgangspunkt der Rechtsbetrachtung	282
b) Nationales Recht als Ausgangspunkt der Rechtsbetrachtung . .	284
<i>II. Völkerrecht</i>	285
1. Einschlägig wirkendes Recht	285
2. Rechtstheoretische Konstruktion	286
<i>III. Einfaches nationales Recht</i>	287
<i>IV. „Fremdes „Recht“</i>	288
<i>V. Zwischenergebnis</i>	289

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XVII
F. Zusammenfassung der wichtigsten Forschungsergebnisse	290
G. Prüfungsschema	295
Literaturverzeichnis	297
Sachverzeichnis	321